



Editorial

Das Wort Schuldenkrise ist in aller Munde. Hohe Schuldenstände in einigen Mitgliedsländern der Europäischen Union drohen die gemeinsame Währung zu destabilisieren. Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise hat Deutschland die „Schuldenbremse“ eingeführt, die das langfristige Zurückfahren der Staatsschulden erzwingen soll. Die ersten „Blauen Briefe“ des Stabilitätsrats gingen an Länder mit kritischer Haushaltslage heraus, die nun Sanierungskonzepte übermitteln müssen. Neben diesen expliziten Schulden werden zunehmend auch implizite Schulden thematisiert, vor allem aus Versorgungsverpflichtungen der öffentlichen Hand und in den Sozialversicherungssystemen. Bisher kaum beachtet wird eine weitere Kategorie: verdeckte Verschuldung aus Unterinvestitionen.

In Unternehmensbilanzen sind implizite Schulden Teile der Rückstellungen, beispielsweise aus Pensionszusagen. Unterinvestitionen bzw. unterlassene Instandhaltungen zeigen sich in einem Schrumpfen von Vermögen und Eigenkapital, also einer Bilanzverkürzung, wenn die erforderlichen Erträge am Markt nicht mehr verdient und dann als Liquidität sichtbar werden.

Überschüsse fallen beim Staat selten an. Investitionen und Sozialausgaben als Anteile am Budget haben gegenüber der Situation vor 40 Jahren ihre Positionen getauscht. Schon heute gibt es im öffentlichen Bereich einen Investitionsrückstau, beispielsweise bei der Verkehrs- und der Bildungsinfrastruktur. Dieser droht zum Engpass der wirtschaftlichen Entwicklung zu werden. In Griechenland sieht man deutlich die Folgen einer Politik, die sich nur auf die explizite Verschuldung konzentriert: Es werden schlichtweg Lasten in die Zukunft verlagert, und das verschärfte Sparen begrenzt die Wirtschaftsleistung.

Die Bauwirtschaft in Deutschland klagt inzwischen darüber, dass in vielen Bundesländern die öffentlichen Ausgaben wegen des Einhaltens der Schuldenkriterien sinken – Bauinvestitionen sind oft nur noch eine Residualgröße; sie werden dann getätigt, wenn alle anderen Verpflichtungen erfüllt sind. Dies wäre gänzlich unproblematisch, würde privates Kapital einspringen, beispielsweise im Rahmen der Privatisierung, wie aus dem Verkehrsbereich bekannt. Doch auch hier führt die Weltwirtschaftskrise zu Verwerfungen: Diese Investitionen besitzen ohnehin niedrige Renditen, die durch die langsam anziehende Geldentwertung unter Druck geraten. Die Verbindung zwischen Inflation, niedriger Verzinsung und kalter Steuerprogression führt letztendlich dazu, dass der Staat konsumtive Ausgaben aus der Vermögenssubstanz seiner Bürger schöpft. Auf die Dauer kann das nicht gutgehen.

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*